

## Deutschland.

**Berlin, 1. November.** Se. Maj. der König ließ sich gestern Vormittags auf Schloss Babelsberg von dem Geheimen Rabinetsrath v. Mühlner Vortrag halten, empfangt einige Militärs, stattete Mittags einen Besuch im Schlosse Sanssouci ab und kam darauf von Potsdam nach Berlin. Gleich nach der Ankunft arbeitete der König mit dem Militärkabinet, nahm die Vorträge des Geheimen Hofraths Bork und des Hausministers v. Schleinitz entgegen und konfirirte dann mit dem Finanzminister v. d. Heydt, unter dessen Vorsitz Mittags eine mehrstündige Minister-Konferenz stattgefunden hat. Hierauf war im Königl. Palais Familientafel, an welcher auch die hier anwesenden fürstlichen Gäste Theil nahmen. Nach derselben verabschiedeten sich die Großfürstin Helene von Rußland und der Prinz Friedrich der Niederlande, welche heute nach Petersburg und dem Haag abreisen. Abends beehrte der König mit den Gästen die Vorstellung im Opernhause.

Se. Königliche Hoheit der Kronprinz traf gestern Nachmittags von Potsdam hier ein und präsidirte später als Protektor der gemeinnützigen Baugesellschaft und der Alexandrasiftung der Generalversammlung im Bibliotheksaal des Museums. Die Abreise nach Petersburg zu den Vermählungsfeierlichkeiten erfolgt am Sonnabend und, wie wir hören, in Begleitung des Prinzen Wales. Die militärischen Begleiter des Kronprinzen sind die Generale von Steinmetz und v. Blumenthal, der Oberst v. Kessel, der Oberstleutnant v. Krosigk, der Adjutant Premier-Lieutenant Graf Eulenburg &c.

Die „N. A. Z.“ wiederholt heute ihr Dementi gegen die Nachricht von geheimen Verhandlungen zwischen Preußen und Schweden. Sie sagt: Auch der „Globe“ vom 29. d. M. behandelte die ihm ausgegebene Nachricht von einem Plane der Kabinette in Berlin und Stockholm zur Zerstückelung des Königreichs Dänemark als eine wirkliche Thatsache. Mit den einleitenden Worten: „Geheimen Diplomatie ist an den Küsten der Ostsee thätig“, erzählt das englische Blatt dann ferner, daß die Existenz Dänemark nicht bloß von den beiden genannten Mächten, sondern auch von der gegenwärtigen Majorität im dänischen Parlamente bedroht sei, welche beim Berliner Kabinete den Vorschlag gemacht habe, Dänemark gegen Rückgabe von Schleswig in den norddeutschen Bund aufzunehmen. Wir wiederholen, daß nicht nur die Nachricht des „Globe“ von dem erwähnten Plane zur Zerstückelung Dänemarks, sondern auch seine andere Mittheilung, von einem Vorschlage zur Aufnahme Dänemarks in den norddeutschen Bund, plumpe Erfindungen sind.

Aus Stuttgart wurde gestern von Verhandlungen berichtet, die zwischen Preußen und Württemberg über eine preussische Mitbesetzung der früheren Bundesfestung Ulm im Gange sein sollen. Alle in dieser Beziehung umlaufenden Gerüchte entbehren der Begründung. Preußen würde sich auch keinesfalls zu solcher Mitbesetzung verstehen. Dasselbe hat ein wesentliches Interesse daran, daß die süddeutschen Staaten sich aus eigener Kraft konsolidiren und namentlich die militärischen Einrichtungen treffen, auf deren notwendige Herstellung zur Zeit des früheren Bundes von hier aus stets gedrungen worden ist. Ihm kann nicht daran liegen, das weitere Hinausschieben solcher Einrichtungen zu begünstigen.

Aus dem Orient fehlen nunmehr seit zwei Tagen neuere Mittheilungen und dieser Umstand macht das letzte Siegesbulletin der Pforte sehr zweifelhaft, da dieselbe sich gewiß beiläufig haben würde, die Welt über den Triumph der türkischen Waffen auf Kandia gründlich aufzuklären. Im Gegentheil gewinnen die griechischen Meldungen hierdurch an Glaubwürdigkeit und erhalten überdies eine Bestätigung durch direkte Meldungen, welche der „Wanderer“ von Kandia erhalten haben will. Nach den Mittheilungen des genannten Blattes hätte Kirilli Mustapha Pascha Mangel an Munition und Proviant für die Ursache seines Rückzuges angegeben, in der That sei derselbe aber durch die hartnäckige Gegenwehr der Kandioten veranlaßt worden. Den stattgehabten viertägigen Kampf beschreibt der Korrespondent des „Wanderer“ als einen außerordentlich hartnäckigen und sagt, daß die Türken täglich 2—3000 Kanonenschüsse abgefeuert hätten. (Vergl. „Neueste Nachrichten“.)

Das russische Reich hat an der Grenze gegen Turan eine neue Erweiterung erhalten, indem die Bevölkerung von Taschkend um Aufnahme in den russischen Staatsverband gebeten hat, und diese Bitte bewilligt worden ist.

Der heutige „Staats-Anzeiger“ enthält folgende Mittheilung: Die Verfügungen, welche in der Einrichtung des Konsularwesens durch die Vereinigung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt mit der preussischen Monarchie notwendig geworden, sind am 25. d. M. von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ergangen. Sämmtliche preussische Konsular-Beamte sind angewiesen, die konsularische Vertretung der Angehörigen der mit Preußen vereinigten Länder zu übernehmen und denselben gleichwie anderen preussischen Unterthanen Schutz und Beistand zu gewähren. Die bisherigen Konsular-Beamten von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt im Auslande sowohl wie in Preußen sind ihrer Funktionen enthoben. Desgleichen sind die preussischen Konsulatsposten, welche bisher in den gedachten Ländern, sowie in den Herzogthümern Schleswig und Holstein bestanden haben, eingezogen.

Es wird uns bestätigt, daß die Nachricht über die der Stadt Frankfurt hinsichtlich der Militärpflicht bewilligte Vergünstigung, wonach von ihrer Einwohnerschaft diejenigen, welche jetzt das 21. Lebensjahr bereits überschritten haben, nicht mehr zum Militärdienst herangezogen werden sollen, richtig ist und die späteren Nachrichten, welche die Alterskategorie, über welche nicht hinausgegriffen werden soll, höher hinaufdrücken, der Begründung entbehren.

Die Regelung der Militärverhältnisse des norddeutschen Bundes wird auch auf die Organisation der höheren Lehranstalten in den diesem Bunde angehörenden Staaten einen nicht unbedeu-

tenden Einfluß ausüben, insofern für die Qualifikation zum einjährigen Militärdienst gleichartige Vorbedingungen innerhalb des Bundes gelten müssen. Wenn also diese Qualifikation durch die Heranbildung bis zu gewissen Schulklassen gegeben werden soll, müssen Bildungsgang und Lehrplan in den entsprechenden Schulen auf eine gewisse Gleichmäßigkeit gebracht werden. Ein Anfang hierzu ist bereits gemacht, indem zwischen dem preussischen Kriegsministerium und der Regierung von Sachsen-Koburg Verhandlungen stattgefunden haben, in Folge deren die Gleichstellung der Koburger Gotha'schen Lehranstalten mit den preussischen in Hinsicht auf den gedachten Zweck anerkannt worden ist.

**Berlin, 31. Oktober.** (Prov.-Corr.) Der Friedensschluß mit Sachsen ist besonders dadurch wichtig und bedeutsam, daß er nicht bloß einen glücklichen und befriedigenden Abschluß dessen bildet, was hinter uns liegt, sondern zugleich einen hoffnungsvollen Uebergang und ein erstes Vorwärtsschreiten auf der Bahn der neuen Entwicklung Norddeutschlands. Die allgemeine Zustimmung, welche der Vertrag weithin gefunden hat, beruht zum größten Theil auf der Erkenntniß, daß in demselben eine neue sichere Bürgschaft sowohl für das aufrichtige Streben der preussischen Regierung nach der Verwirklichung des norddeutschen Bundes, als auch für das Gelingen ihrer Bemühungen enthalten ist. Die hohe Bedeutung der Friedensbestimmungen liegt nächst der unmittelbaren Geltendmachung der notwendigen militärischen Stellung Preußens vornehmlich darin, daß Sachsen in Bezug auf die endgültige Regelung seiner wichtigsten staatlichen Einrichtungen lediglich auf das Zustandekommen der Verfassung des norddeutschen Bundes hingewiesen bleibt. Von dem Augenblicke, wo der König von Sachsen diese Bedingungen annahm, hat er nicht bloß Preußen gegenüber, sondern für seine Krone und sein Land die unwiderrufliche Verpflichtung übernommen, in engster Gemeinschaft mit unserer Regierung an dem baldigen Aufbau des norddeutschen Bundesstaates zu arbeiten. Die Vollendung dieses Werkes ist jetzt für Sachsen mehr als für jeden anderen Staat ein unabweisliches und dringendes Bedürfnis geworden; denn Sachsen kann die ihm vorbehaltenen staatliche Existenz nicht eher wiedergewinnen, als wenn der norddeutsche Bund wirklich ins Leben tritt. Jeder Versuch, die in dem Friedensvertrage vorgezeichnete Bahn deutscher Politik zu verlassen, könnte für Sachsen selbst nur verhängnißvoll werden; denn Preußen hat auch ausreichende tatsächliche Bürgschaften für die Erfüllung des Vertrages in Händen behalten. So ist denn der bedeutendste der norddeutschen Staaten so unmittelbar auf die Verwirklichung der preussischen Pläne hingewiesen, daß unsere Regierung sich an dem früheren eifrigsten Gegner jetzt eine sichere Stütze für ihre weiteren Verhandlungen geschaffen hat. Die Verhandlungen mit sämmtlichen norddeutschen Regierungen, welche sich durch den Vertrag vom 18. August d. J. mit Preußen verbündet haben, werden demnächst beginnen können, um den Verfassungsentwurf festzustellen, welcher dem Parlament des norddeutschen Bundes vorgelegt werden soll.

Wie die „Voss. Ztg.“ hört, sollen durch die gesammte norddeutsche Bundesarmee die Bewaffnung, Ausrüstung und Uniformirung eine gleichmäßige werden, wobei sich als ein Theil derselben auch die bisher sächsische Armee mitinbegriffen finden wird. Die Einteilung dieser Letzteren in vier Infanterie- und eine Jäger-Brigade à 4 Bataillone würde dem entsprechend fortan der Einteilung in Regimenter, wie sonst durchgehends bei der preussischen und norddeutschen Armee, weichen müssen. Um ein vollständiges Armeekorps zu bilden, würde die bisher sächsische Armee zu ihrem früheren Bestande von 20 Bataillonen, 20 Eskadrons und 7½ Batterien jetzt noch einen Zuwachs von 7 Bataillonen, 8½ Batterien und je 1 Bataillon Jäger, Pioniere und Train erhalten müssen, es wäre denn, daß vorläufig die sächsischen Truppen wie alle die anderen norddeutschen Kontingente brigade- und die Kavallerie regimentarweise in die anderen preussisch-norddeutschen Armeekorps miteingetheilt und nun, bedingt durch diesen Zuwachs, überhaupt noch ein XII. Armeekorps ausgerichtet würde. Auch bleibt die gegenwärtige neue Einteilung der Armee wohl nur als provisorische zu betrachten und steht die definitive Bestimmung über die Stärke und Zusammenfassung derselben erst nach der völligen Konstituierung des norddeutschen Bundes zu erwarten. In Hinsicht der Uniformirung und Ausrüstung sollen namentlich für die Infanterie und Artillerie die umfassendsten Aenderungen in Aussicht genommen sein, denn so außerordentlich sich die Bewaffnung des preussischen Heeres bewährt hat, so wenig soll dies doch mit der Uniformirung und Ausrüstung der Fall gewesen sein. Die Versuche zu diesen Aenderungen befanden sich größtentheils schon seit dem letzten dänischen Kriege im vollen Gange und sind, gestützt auf die neuen Erfahrungen, jetzt eifrig wieder aufgenommen worden. Definitive Aenderungen stehen indeß auf diesem ganzen Gebiet frühestens erst im Laufe des nächsten Jahres zu erwarten. Ebenso findet auf dem Gebiet der Waffentechnik eine ganze Reihe der wichtigsten Prüfungen statt und handelt es sich dabei namentlich um die Einführung eines neuen von dem Geheimen Kommissionsrath Dreyse zur Probe eingegebenen Zündnadelgewehrs, das bei drei Pfund leichter als das jetzt im Gebrauch befindliche und ganz von Eisen sein, wie 15 bis 18 Schuß in der Minute gestatten soll. Desgleichen soll auch von diesem berühmten Meister in der Waffentechnik ein neues Geschütz zur Prüfung eingegeben worden sein, von welchem die außerordentlichsten Vorzüge gerühmt werden. Die noch in der Armee geführten kurzen glatten Zwölfpfünder werden wahrscheinlich allmählig ebenfalls durch gezogene 4- und 6-Pfünder ersetzt werden, da sie den von ihnen gehegten Erwartungen nicht entsprochen haben sollen. Besondere Festungs-Artillerie-Regimenter werden bei den drei neuen Armeekorps vorläufig nicht errichtet werden, sondern nur bei dem neunten Armeekorps eine Festungs-Artillerie-Abtheilung von 4 Kompagnien; dagegen wird aber ein Zuwachs von zusammen 8 Kompagnien Festungs-Artillerie bei mehreren der alten Armeekorps stattfinden. Auch soll mit der Vermehrung dieser Waffengattung nur in dem Maßstabe des Bedarfs vorgeschritten werden. Die drei neuen Pionier-Bataillone sollen dagegen gleich vollzählig errichtet werden, doch fallen dafür in Zukunft die beiden bisher zur Besetzung der Bundesfestungen bestandenen Reserve-Pionier-Kompagnien aus, und wird die preussische und norddeutsche Armee künftig 48 oder nach Errichtung noch eines XII. Armeekorps 52 Pionier-Kompagnien besitzen.

Durch neuere Allerhöchste Kabinetsordre sind, wie die „Schl. Z.“ erfährt, die Feld-Kompetenzen der Offiziere und Militär-Beamten für alle Chargen erhöht worden. Dasselbe gilt für den Feldzug des verfloffenen Sommers rückwirkend, und werden daher die Beträge den oben erwähnten Personen nachgezahlt. Zunächst sind die eigentlichen Mobilwachungs- und Pferdeausstattungs-gelder erhöht worden, erstere im Verhältnis von ca. 3:4, letztere von 10 auf 20 Thlr. pro Pferd. Die laufende Feldzulage der Sekonde-Lieutenants und der in gleichem Range stehenden Beamten ist von 12 Sgr. auf 20 Sgr. pro Tag erhöht worden. Beim Hauptmann beträgt die Erhöhung 15 Sgr., und werden anstatt 25 Sgr. jetzt 40 Sgr. pro Kopf und Tag gezahlt. In diesem Verhältnis steigt die Feldzulage in den höheren Chargen weiter. Die in der Armee definitiv angestellten Subaltern-Offiziere und Militärbeamten erhalten außerdem noch einmal den vollen Betrag des Mobilwachungs-geldes von 40 Thlr. als Reetablissemenszulage für das Abtragen ihrer Uniformstücke während des vergangenen Feldzuges. Diese erhöhten Sätze bleiben für alle späteren Mobilmachungen in Kraft.

In dem diesjährigen großen Kriege waren, wie jetzt zusammengestellt ist, mehr Geistliche im Felde und in den Lazarethen, als in irgend einem früheren Kriege, bei dem preussische Heere thätig. Bei den in das Feld gerückten preussischen Truppen befanden sich 43 evangelische und 21 katholische etatsmäßige Feldpastoren. Außer diesen fungirte im Heere noch eine bedeutende Anzahl evangelischer und katholischer Geistlichen ausbüßweise. Sie wurden meist durch freiwillige Beiträge erhalten und noch dadurch gefördert, daß sie nach erfolgter freier Beförderung zum Heere ein Reitpferd, einen Trainsoldaten zur Bedienung, freie Mundportion, freie Ration und freies Quartier erhielten. Die Zahl dieser Geistlichen betrug mindestens 30. Ferner war in den Feldlazarethen eine nicht geringe Zahl Geistlicher in seelsorglicher Thätigkeit; endlich war auch die Seelsorge der in den Garnisonen zurückgebliebenen Truppen, der in den Garnisonen oder Lazarethen untergebrachten Soldaten und der zahlreichen österreichischen Gefangenen von der Regierung sorgfältig geregelt.

Mit dem Abbruch der Thore Berlins soll nunmehr vorgegangen werden und ist bereits mit dem des Schönhauser Thores begonnen worden. Bekanntlich sollte die Bestimmung darüber, ob einzelne der Thore ihres Kunstwerthes wegen erhalten bleiben sollten, durch Entscheidung des Königs getroffen worden. Wie verlautet, ist die letztere dahin ausgefallen, daß allein das Brandenburger Thor erhalten, sämmtliche übrigen dagegen, mit Einschluß des Dranienburger und Rosenthaler Thores, abgerissen werden.

**Hannover, 30. Oktober.** Nach Verfügung des General-Gouvernements sollen die hannoverschen Hoheitszeichen an den Grenzen gegen die alten preussischen Provinzen und gegen das vormalige Kurhessen entfernt werden. Die hannoverschen Hoheitszeichen an den übrigen Grenzen sowie an den Post-, Steuer-, Zoll-, Eisenbahn-, Telegraphen-, Weggeldstätten &c. sollen dahin abgeändert werden, daß angebracht wird der preussische schwarze Adler und die Bezeichnung Königreich Preußen, bezw. „Königlich Preussisch.“ Die weißen und gelben Farben an im Eigenthum des Staates oder der Gemeinde stehenden Gegenständen und Vorrichtungen sollen durch die preussischen Landesfarben ersetzt werden.

**Kassel, 29. Oktober.** Als Beitrag zur Kriegesgeschichte des weiland deutschen Bundesheeres dient folgender Vorfall, dem sogar eine humoristische Seite zugesprochen werden muß. Bekanntlich waren die kurhessischen Truppen am 16. Juni d. J. in einem Zustande ausgerückt, der allem, nur keiner felbtüchtigmäßigen Ausrüstung entsprach. Hierzu gehörte denn unfreiwillig auch der Mangel an Schießbedarf, namentlich an Munition für die Artillerie. Die badensche Kriegsverwaltung half aus und versah dieselbe mit dem nothdürftigsten Bedarf. Nach hergestelltem Frieden reklamirte Baden die Zahlung dafür, eventuell die Rückgabe in natura von Kurhessen und beziehungsweise nach der Einverleibung desselben in Preußen von diesem. Dem Vernehmen nach wird das Kriegsministerium diesem Ansuchen entsprechen und es befindet sich bereits ein Beamter der badenschen Zeughausverwaltung hier, welchem die Munition überliefert werden soll, welche dazu bestimmt war, gegen Preußen verwendet zu werden, da glücklicher Weise die kurhessische Artillerie keinen Gebrauch davon gemacht hat.

**Wiesbaden, 30. Oktober.** Die bisherige erzwungene Eheslosigkeit unserer Soldaten wird dieser Tage aufgehoben werden. Der Konfribirte durfte nämlich nach dem nassauischen Gesetze während der ganzen sechs- oder siebenjährigen Dauer seiner Militärpflicht weder heirathen noch Bürger werden, noch ein selbstständiges Geschäft treiben oder gewerbliche Niederlassung nehmen. Die harten Folgen dieser weder die Sittlichkeit noch den Wohlstand fördernden Einrichtung trafen nur die ärmere Klasse, denn Zahlungsfähige konnten sich für 400 Gulden ein für alle Mal von jeder Militärpflicht loskaufen, und thaten dies stets. Die militärischen Zwangs-Cölibatäre waren auf Konkubinat und andere Auskunfts-mittel verwiesen, wodurch wieder schwere Belastungen für die Ge-

